

## Information über "feindlich-negative Aktivitäten" im Vorfeld der Kommunalwahlen 1989 in Dresden

Auf Plakaten und Handzetteln riefen Oppositionelle im Bezirk Dresden im Vorfeld der Kommunalwahlen 1989 dazu auf, mit "Nein" zu stimmen. Die Staatssicherheit registrierte diese "feindlich-negativen Aktivitäten" und ermittelte gegen die Urheber.

Am 7. Mai 1989 waren die Bürgerinnen und Bürger der DDR aufgerufen, anlässlich der Kommunalwahlen den Kandidaten der Nationalen Front ihre Stimme zu geben. Wie immer stand nur diese eine Liste zur Auswahl. Mit "Ja" zu stimmen, bedeutete, den Stimmzettel zu falten und in die Wahlurne einzuwerfen. Für ein "Nein" musste jeder einzelne Kandidat in den obligatorisch aufgebauten Wahlkabinen sauber waagerecht durchgestrichen werden. Andere Kenntlichmachungen führten zu einer ungültigen Stimmenabgabe. Im Volksmund wurden die Wahlen daher auch als "Zettelfalten" bezeichnet.

Schon bei den vorangegangenen Volkskammerwahlen waren über westliche Medien Vorwürfe der Wahlfälschung öffentlich geworden. Anfang 1989 riefen verschiedene Gruppen von Oppositionellen zum Wahlboykott auf, forderten freie Wahlen und die Beobachtung der Stimmenauszählung. Letztere war nach § 37 (1) des DDR-Wahlgesetzes öffentlich und auch nach der Verfassung der DDR nicht verboten.

Trotzdem war angesichts der Erfahrung früherer Repressalien, auch durch die Stasi, die Teilnahme daran ein mutiger Schritt. Doch auch diese Aussichten konnten zahlreiche Bürgerinnen und Bürger nicht davon abhalten, extra spät zur Wahl zu gehen oder gegen 18:00 Uhr erneut die Wahllokale aufzusuchen, um die Auszählung zu beobachten. Landesweit geschahen die Stimmenauszählungen in etwa 1.000 Wahllokalen unter ihrer Teilnahme.

Die Auswertungen der Wahlbeobachter belegten, dass Fälschungen stattfanden: Das durch den Vorsitzenden der Wahlkommission, Egon Krenz, bekanntgegebene Ergebnis – eine Wahlbeteiligung von 99 Prozent und ein Anteil von Gegenstimmen von ca. einem Prozent – deckte sich in keiner Weise mit dem Ergebnis der Stimmenauszählungen durch die Beobachter.

Die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Dresden setzte alle Hebel in Bewegung, um die "Pläne und Absichten" der – wie die Stasi sie nannte – "Gegner" und "feindlich-negativen Kräfte" im Bezirk Dresden rechtzeitig "aufzuklären". Am 27. April wurden im Bezirk Dresden mehrere Klebezettel und Flugblätter gefunden, die zum Wahlboykott aufriefen. Die Staatssicherheit leitete daraufhin Ermittlungsmaßnahmen gegen die Urheber ein.

---

**Signatur:** BArch, MfS, BV Dresden, AKG, PI, ZMA, Nr. 127/89, Bl. 1-4

### Metadaten

Diensteinheit: Bezirksverwaltung Dresden, Auswertungs- und Kontrollgruppe      Datum: 27.4.1989  
Überlieferungsform: Dokument

Information über "feindlich-negative Aktivitäten" im Vorfeld der Kommunalwahlen 1989 in Dresden

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT BSTU  
0001

Bezirksverwaltung Dresden

Genossen Modrow/Moke  
Streng vertraulich!  
Um Rückgabe wird gebeten!

Dresden, 27.04.1989

4 Blatt

Nr. 127/89

1. Exemplar

**INFORMATION**  
über

feindlich-negative Aktivitäten in der Nacht vom 26. zum  
27. 4. 1989 im Stadtgebiet von Dresden in Bezug auf die  
Kommunalwahlen am 7. 5. 1989

*Jan*

Anlage

Die Information ist bitte innerhalb von vier Wochen an den Absender zurückzusenden.

**Signatur:** BArch, MfS, BV Dresden, AKG, PI, ZMA, Nr. 127/89, Bl. 1-4

Blatt 1

## Information über "feindlich-negative Aktivitäten" im Vorfeld der Kommunalwahlen 1989 in Dresden

BSTU  
0002

2

### MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

In Vorbereitung der Kommunalwahlen am 7. 5. 1989 forcieren feindlich-negative Kräfte ihre Aktivitäten und Versuche, die ordnungsgemäße Durchführung der Wahlen zu stören, deren demokratischen Charakter zu diffamieren und den Bürgern die Forderung nach mehr "Demokratie und Offenheit" zur Durchsetzung feindlicher Zielstellungen zu suggerieren.

Am 27. 4. 1989 gegen 4.55 Uhr wurden durch Angehörige der Deutschen Volkspolizei am Centrum-Warenhaus in 8010 Dresden insgesamt 4 an Eingangstüren von außen angeklebte Zettel in der Größe von 2 cm x 2 cm mit dem handgeschriebenen Text:

"Wählt nein",

festgestellt. Gegen 15.25 Uhr bemerkte ein Mitarbeiter vom Rat des Stadtbezirkes Dresden-Mitte 4 weitere gleichartige Zettel an den Schaufenstern der Verkaufsstellen-einrichtungen Intershop, Antiquitäten, Hochzeitsausstatter und Ilafot auf dem Dr.-Külz-Ring und Altmarkt, Dresden, 8010.

Ebenfalls am 27. 4. 1989 wurden 5.40 Uhr durch den

[REDACTED]  
geboren am: [REDACTED]  
wohhaft: [REDACTED], Dresden, [REDACTED]  
NW: [REDACTED], [REDACTED], [REDACTED], [REDACTED], [REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]

auf dem Haltepunkt Industriegelände der Deutschen Reichsbahn in 8060 Dresden auf einer Bank abgelegte Handzettel festgestellt.

Es handelte sich um Ormig-Abzüge in der Größe A4, in denen mehr Möglichkeiten zur Mitarbeit und Entscheidungsfindung für die Bürger, so zur Standortwahl für das Reinstsiliziumwerk und die Wohnungsvergabe sowie mehr Reisemöglichkeiten und Transparenz auf dem Gebiet des Umweltschutzes gefordert werden.

Weiterhin ergehen Hinweise zu "gültigen Nein-Stimmen". Die Zettel sind mit "Initiative zur demokratischen Erneuerung der Gesellschaft" unterzeichnet und um Weitergabe wird gebeten. (Anlage)

Ein Teil der in zwei Stößen abgelegten Zettel war durch vorbeifahrende Züge aufgewirbelt in der näheren Umgebung des Haltepunktes verstreut. Am genannten Ort wurden insgesamt 225 derartige Hetzschriften aufgefunden und sichergestellt.

Zwischenzeitlich wurden 10 derartige Hetzschriften in Briefkästen des Hauses Käthe-Kollwitz-Ufer 30, Dresden, 8019 und 1 an einem Baum in Höhe der Drogerie Schlüterstraße 23, Dresden, 8021 festgestellt.

Über die Gesamtzahl der abgelegten und in Verbreitung befindlichen Zettel liegen bisher keine Erkenntnisse vor.

**Information über "feindlich-negative Aktivitäten" im Vorfeld der Kommunalwahlen 1989 in Dresden**

BSTU

0003

3

**MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT**

Im politisch-operativen Zusammenwirken mit den Abteilungen K des VPKA Dresden und dem Transportpolizeiamt Dresden wurden die Tat und Fundorte sowie die Hetzzettel kriminaltechnisch gesichert, behandelt und durch die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Dresden Maßnahmen zur Aufklärung der Vorkommnisse und zur Ermittlung der Täter eingeleitet.

**Signatur:** BArch, MfS, BV Dresden, AKG, PI, ZMA, Nr. 127/89, Bl. 1-4

Blatt 3

## Information über "feindlich-negative Aktivitäten" im Vorfeld der Kommunalwahlen 1989 in Dresden

BSTU  
0004

"Die Vorbereitung der Wahlen und das hervorragende Wahlergebnis sind vom tiefen Vertrauen in die erfolgreiche Politik der Partei der Arbeiterklasse und vom Stolz auf das gemeinsam Geschaffene geprägt. In dieser lebendigen Volksaussprache sind die Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitages zum Aktionsprogramm des ganzen Volkes geworden. Das ist ein überzeugender Ausdruck der vollen Demokratie des Volkes in wahrer Freiheit." E. Krenz, Vorsitzender der Wahlkommission der DDR, 1986

S E H E N   S I E   D A S   A U C H   S O   ? ? ? ?  
S I E   H A B E N   D I E   W A H L   ! ! ! !

Eine auf Frieden, Zusammenarbeit, Offenheit und Vertrauen basierende Außenpolitik wird nur durch eine gleiche Innenpolitik glaubwürdig. Zu unserer Lebensqualität und sozialen Sicherheit gehört das Recht und die Pflicht zu offener Meinungsäußerung und die Diskussion von beliebigen Themen in den Massenmedien. Das Verbot von Presseerzeugnissen und ständige Erfolgsberichte bringen uns nicht weiter. Als mündige Bürger wollen wir mehr Möglichkeiten zur Mitarbeit und Entscheidungsfindung als das z.B. bei der Standortwahl für das Dresdner Reinstailliziumwerk möglich war. Das Wohnungsproblem muß transparent werden, eine auf Zahlen begründete Lösung nützt keinem. Reisemöglichkeiten können nicht von Verwandtschaften abhängig sein, sondern müssen für alle gleich sein. Auf dem Gebiet des Umweltschutzes gibt es viel zu tun. Auch dieser Vorgang muß durchschaubar werden. Wir brauchen kein Gesetz zur Geheimhaltung von Umweltdaten!

Dieser Staat ist erst unser aller Staat, wenn alle Menschen ohne Rücksicht auf ideologische Barrieren gleiche Rechte und Möglichkeiten haben.

Auch Sie sind für die Zukunft in unserem Land verantwortlich! Die Wahl ist eine Gewissensentscheidung. Wir wollen unsere Gesellschaft mitgestalten; deshalb geben wir eine gültige Stimme ab. Eine gültige Stimme für den Wahlvorschlag ist die Abgabe eines unveränderten Wahlzettels, eine gültige Stimme dagegen ist ein Wohlzettel, auf dem alle Namen einzeln durchgestrichen sind. In einer geheimen Wahl sollte das Benutzen der Wahlkabine Pflicht sein. Durch Ihre Anwesenheit bei der öffentlichen Auszählung nach 18.00 Uhr in den Wahllokalen (§ 37 des Wahlgesetzes) machen Sie Ihr Interesse an der Wahl und den Wahlergebnissen deutlich.

Einmal wählen ist besser als dauernd schimpfen!

Wenn es nach Ihrer Meinung eine Umgestaltung in der DDR, mehr Demokratie und Offenheit geben soll, so machen Sie das mit Ihrer Wahl deutlich!

Initiative zur demokratischen Erneuerung  
der Gesellschaft

Bitte diesen Zettel an bekannte, Verwandte, Kollegen, ... weitergeben.